

UOKG e.V. - Ruschestr. 103 – 10365 Berlin

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrenvorsitzende:
Gerhard Finn (†), Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Roland Lange
Ernst – O. Schöнемann

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 55779340

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
10.00 - 18.00 Uhr

Presseerklärung

25. Juli 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit möchten wir Sie herzlich einladen zu unserer

Demonstration mit anschließender Kundgebung

zum Thema

Vergessene Opfergruppen des DDR-Regimes fordern Aufarbeitung

Berlin, Sa. 02. August 2014, 12.00 - 15.00

Viele Opfergruppen, die unter der Herrschaft des SED-Regimes gelitten haben, werden heute kaum oder überhaupt nicht in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Eine Aufarbeitung des erlittenen Unrechts lässt nach wie vor auf sich warten.

Dies betrifft insbesondere die Aufarbeitung des Unrechts an Kindern und Jugendlichen.

Es gibt keinen Unterschied, ob es die Gruppe der Betroffenen von DDR-Zwangsadoptionen betrifft, oder die Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die in DDR-Spezialheimen / Jugendwerkhöfen waren, oder die verfolgten Schüler, oder die sexuell missbrauchten Opfer in DDR-Einrichtungen, oder... . Die Liste liese sich lange fortsetzen.

Fakt ist, dass alle Kinder und Jugendliche waren. Alle wurden in unterschiedlicher Art und Weise in ihrem Leben und in ihrer persönlichen Entwicklung beschnitten und müssen bis heute mit den psychischen und körperlichen Auswirkungen leben. Hilfe für diese Personen gibt es so gut wie nicht.

Wir wollen auf die Ungleichbehandlung aufmerksam machen, welche die Annahmefristen für den Heimfond Ost und die strafrechtliche Rehabilitierung betreffen.

Wir fordern mehr Aufklärung in Bildungseinrichtungen.

Wir fordern strafrechtliche Rehabilitierung für die Betroffenen die in DDR-Spezialheime und Jugendwerkhöfen waren.

Wir fordern unbegrenzte therapeutische Hilfe für Missbrauchsoffer, die so etwas in DDR-Heimen erleben mussten.

Wir fordern die Aufklärung über eine erfolgte Adoption. Viele Adoptierte waren vor ihrer Adoption in einem Heim. Wenn sie über den Status bis jetzt nicht aufgeklärt wurden bzw. bald werden, können sie keine Leistungen aus dem Heimfond Ost beantragen.

Wir fordern die Rehabilitierung von Zwangsadoptionen und deren Auflösungen, wenn dies von den Betroffenen gewünscht wird.

Wir fordern uneingeschränkte Akteneinsicht und die Herausgabe von Kopien, unter der Beachtung des Datenschutzes.

Wir fordern Anerkennung und weitere Aufarbeitung des erlebten SED-Unrechts.

Veranstalter: Ovz-DDR e.V. (Hilfe für die Opfer von DDR-Zwangsadoptionen) in Kooperation mit der UOKG e.V.

Organisatorischer Ablauf:

12 Uhr: Start am Platz des 18. März über die Straße des 17. Juni zum großen Stern und dann zurück zurück zum Brandenburger Tor.

13-15 Uhr: – abschließende Kundgebung vor dem Brandenburger Tor auf dem Pariser Platz

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter den untenstehenden Kontaktdaten zur Verfügung.

Wir bitten Sie um Anmeldung bei Katrin Behr, Fachberaterin für Zwangsadoptionen, unter der Adresse:

behr@uokg.de

030 / 55 77 93 54